

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

Der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz setzt sich ein für die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der in Rheinland-Pfalz lebenden Migrant/innen und Menschen mit Migrationsgeschichte sowie für das solidarische Zusammenleben von Angehörigen der einheimischen Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten.

Der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz ist ein landesweites Netzwerk der Migrationsarbeit. Er setzt sich aus Mitarbeiter/innen von Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Integrationsbeauftragten sowie Mitgliedern der direkt gewählten Beiräte für Migration und Integration sowie aus Personen zusammen, die im Handlungsfeld „Antirassismus, Asyl, Integration und Migration“ haupt- oder ehrenamtlich auf Landesebene oder auf kommunaler Ebene in Vereinen, Projekten oder Initiativen engagiert sind. Durch eine Vielzahl von Vernetzungs- und Informationsangeboten organisiert der Initiativausschuss den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen potentiell allen Akteur/innen der Migrationsarbeit in Rheinland-Pfalz.

Über seine Vernetzungsarbeit hinaus erarbeitet und vertritt der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz Positionspapiere und Stellungnahmen zu relevanten migrationspolitischen Themen, bietet er Fort- und Weiterbildungen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und zu sonstigen Fragestellungen der interkulturellen Arbeit an, berät er Multiplikator/innen und Betroffene in aufenthalts-, asyl- und einbürgerungsrechtlichen Fragen, leistet er Öffentlichkeits- und Informationsarbeit u.a. durch Pressemitteilungen, öffentliche Informationsveranstaltungen und -broschüren und arbeitet er auf kommunaler sowie landes- und bundesweiter Ebene in Gremien mit.

A. (Gesellschaftliche) Voraussetzungen der Arbeit des Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz im Jahr 2016

Wie schon im Jahr 2015 lag der Fokus der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik und der diesbezüglichen gesellschaftlichen Debatten im Berichtsjahr sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene auf dem Flüchtlingsthema. Unabhängig von einer Bewertung dieses Sachverhaltes ist festzustellen, dass die Frage der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen im Laufe des Jahres 2016 in gesellschaftlichen Debatten und dem gesetzgeberischen Handeln immer wieder (a) mit Fragen der Terrorabwehr und der inneren Sicherheit und (b) der Frage des Zusammenlebens von Muslimen und Nichtmuslimen in Zusammenhang gebracht wurde.

Demgegenüber sind Debatten z.B. um Einbürgerung, politische Teilhaberechte für Migrant/innen oder den Rahmenbedingungen einer am Arbeitsmarkt oder an demografischen Entwicklungen orientierten Einwanderungspolitik weitgehend aus dem Blick geraten. Vor diesem Hintergrund waren folgende Entwicklungen für die Arbeit des Initiativausschusses besonders relevant:

- ❖ Die Anfang des Jahres 2016 noch sehr hohen Zugangszahlen von Schutzsuchenden in der Bundesrepublik Deutschland (Januar: ca. 92.000; Februar: ca. 61.000) gingen unmittelbar nach der Schließung der Balkan-Route und im Anschluss an das Türkei-EU-Abkommen ab März 2016 (ca. 21.000 Einreisen) stark zurück und verharrten für den Rest des Jahres auf einem - im Vergleich zum Vorjahr 2015 - niedrigen Niveau (ca. 15.000 bis 16.000 Einreisen/Monat).
- ❖ Die Zahl der Schutzsuchenden, die - zum Teil erst nach mehrmonatigem Aufenthalt - von den zuständigen Behörden registriert wurden bzw. ihr Asylgesuch beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) anhängig machen konnten und auf die Kommunen umverteilt wurden, wuchs im Lauf des Jahres 2016 stark an: die Zahl der Asylerstanträge stieg von ca. 51.000 im Januar 2016 auf in der Spitze ca. 90.000 Erstanträge im August 2016. Insgesamt wurden im Jahr 2016 ca. 722.000 Asylerstanträge beim zuständigen BAMF anhängig gemacht. Parallel hierzu steigerte die

Behörde im Jahr 2016 ihre Entscheidungszahlen auf durchschnittlich mehr als 50.000 pro Monat. Im gesamten Jahr 2016 beschied das BAMF knapp 700.000 Asylanträge (gegenüber 283.000 Entscheidungen im Jahr 2015).

Aufgrund der beiden beschriebenen Entwicklungen hat sich der Schwerpunkt der Arbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen im Handlungsfeld „Flucht und Asyl“ im Berichtsjahr von der „Flüchtlingsaufnahme“ auf die ungleich komplexere Frage der „Flüchtlingsintegration“ verschoben. Insbesondere in dieser Hinsicht hat der Bundesgesetzgeber im Jahr 2016 die rechtlichen Rahmenbedingungen sowohl für Schutzsuchende als auch für Schutzberechtigte und Ausreisepflichtige, die wegen rechtlicher oder tatsächlicher Abschiebehindernisse geduldet werden, mehrfach geändert. Stichworte sind:

- ❖ Datenaustauschverbesserungsgesetz (unter anderem: Einführung des „Ankunftsnachweises“ als Ersatz für die sog. „BüMA“);
- ❖ Asylpaket II (unter anderem: Pflicht zum dauerhaften Verbleib verschiedener Flüchtlingsgruppen in besonderen Aufnahmeeinrichtungen, Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär geschützte Personen, Einschränkungen bei der Feststellung medizinischer Abschiebehindernisse);
- ❖ Integrationsgesetz (unter anderem: Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge, Restriktionen bei der Aufenthaltsverfestigung, weitgehende Aussetzung der Vorrangprüfung beim Zugang zum Arbeitsmarkt, Programm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“);
- ❖ Gesetz zur erleichterten Ausweisung straffälliger Ausländer/innen und zum Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerber/innen (sog. „Köln-Gesetz“; unter anderem: striktere Definition eines „schwerwiegenden Ausweisungsinteresse“, erweiterter Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerber/innen).

Den „dramaturgischen Rahmen“ der Arbeit des Initiativ Ausschusses im Jahr 2016 hat darüber hinaus die Landtagswahl am 13. März 2016 vorgegeben. Viele bis dahin eingeleitete oder durchgeführte Maßnahmen haben auf diesen Termin abgezielt, viele weitere Aktivitäten nahmen auf den Ausgang der Landtagswahlen und auf die Regierungsbildung Bezug.

B. Maßnahmen und Aktivitäten im Jahr 2016

Im Berichtszeitraum 2016 lagen die Schwerpunkte der Arbeit des Initiativ Ausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz (im Folgenden: Initiativ Ausschuss) auf folgenden Themen- und Handlungsfeldern:

1. Eigene Veranstaltungen

Die Planung und Durchführung eigener (Fortbildungs-)Veranstaltungen und die inhaltliche und/oder organisatorische Beteiligung an (Fortbildungs-)Veranstaltungen externer Partner war auch in Berichtsjahr ein zentrales Handlungsfeld des Initiativ Ausschusses. Die im Folgenden in diesem Kapitel beschriebenen Einzelmaßnahmen zielten ausnahmslos darauf ab, haupt- und ehrenamtlich in der Migrations- und Asylarbeit aktive Personen und Menschen, die sich im Rahmen ihrer übergreifenden Tätigkeit mit Belangen von Migrant/innen und Flüchtlingen befassen (müssen), weiter zu qualifizieren und zu unterstützen. Dabei lag der Schwerpunkt der Maßnahmen im Berichtsjahr - wie schon im Jahr 2015 - auf Maßnahmen zur Qualifizierung und Unterstützung von Personen, die in der Flüchtlingsberatung und -begleitung aktiv waren. Im Einzelnen:

1.1. Qualifizierungen zum Asylverfahrens-, Asyl-, Aufenthalts- und Sozialleistungsrecht

Die hohe Zahl von Menschen, die seit Mitte 2015 in der Bundesrepublik und damit auch in Rheinland-Pfalz Schutz vor Krieg, Gewalt und anderen existentiellen Bedrohungen gesucht und beantragt haben und die andauernde Ausdifferenzierung des Flüchtlingsrechts haben Mitarbeitende in der Verwaltung wie auch Mitarbeitende in den Migrations- und Flüchtlingsberatungsstellen u.a. der Wohlfahrtsverbände im Berichtsjahr vor große quantitative und qualitative Herausforderungen gestellt. Bei Rechtsfragen im Hinblick auf das laufende Asylverfahren (Verfahrensrechte, Zugang zu

Arbeit, Bildung, Gesundheitsfürsorge etc.) oder im Hinblick auf aufenthalts- und sozialrechtliche Konsequenzen einer Asylentscheidung waren sie im Berichtszeitraum häufig die erste Anlaufadresse für geflüchtete Menschen. Hieraus erwuchs ein immenser Bedarf an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, der an den Initiativausschuss herangetragen wurde.

Zugleich wuchs im Berichtszeitraum auch der Qualifizierungsbedarf derjenigen Menschen, die sich ehrenamtlich für Flüchtlinge einsetzen. Das seit Mitte 2015 gewachsene flächendeckende Netz von ehrenamtlichen Initiativgruppen, in denen sich Tausende vor Ort für Flüchtlinge und ihre Belange engagieren, bildet nach Überzeugung des Initiativausschusses in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation einen wichtigen Gegenpol zu rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen, die mit Ressentiments und Vorurteilen gegen schutzsuchende Flüchtlinge vorgehen. Nach der Fokussierung auf die Aufnahme von Flüchtlingen und sozialrechtliche Fragestellungen im Jahr 2015 wuchs auch bei diesem Personenkreis das Interesse an Fortbildungsangeboten im Hinblick auf das Asylverfahren und die aufenthalts- und sozialrechtlichen Konsequenzen einer Asylentscheidung.

Der Initiativausschuss hat aufgrund der Kompetenz seines Geschäftsführers Roland Graßhoff (Volljurist) im Berichtsjahr auf die Qualifizierungsbedarfe von Initiativen, Institutionen und Trägerorganisationen reagiert, in denen Menschen sich haupt- oder ehrenamtlich für die Rechte und Belange von Flüchtlingen engagieren. Hierzu hat er

- ❖ in Kooperation mit dem AK Asyl und der Koordinierungsstelle „Ehrenamt“ eigene Qualifizierungsmaßnahmen für Multiplikator/innen und hauptamtliche Berater/innen sowie für ehrenamtlich Engagierte entwickelt und organisiert;
- ❖ im Auftrag Dritter (u.a. Ministerien, Kommunalakademie, Hochschule für öffentliche Verwaltung in Rheinland-Pfalz, Hochschulen, Wohlfahrtsverbände ...) eigenverantwortlich Qualifizierungsmaßnahmen ausgestaltet, die sich an Hauptamtliche u.a. in Landeseinrichtungen und der kommunalen Verwaltung richteten;
- ❖ im Auftrag Dritter (Flüchtlingsinitiativen) Qualifizierungsmaßnahmen für ehrenamtlich Aktive durchgeführt. Hierbei kam regelmäßig ein vom Initiativausschuss im Berichtszeitraum entwickeltes zwei- bis dreistündiges „Basis-Qualifizierungsmodul“ zur Anwendung.

Die Qualifizierungsangebote des Initiativausschusses im Berichtsjahr 2016 im Einzelnen:

Nr.	Datum	Ort	Veranstalter/in	Thema	Zielgruppe	Dauer
Veranstaltungen für die Kommunalakademie Rheinland-Pfalz						
1	16.03.	Münchweiler/Alsenz	Kommunalakademie RLP	Asylverfahren und rechtliche Situation von Asylsuchenden	Mitarbeitende in kommunalen Verwaltungen (Ausländerbehörden und Sozialämter)	ganztägig
2	08.06.	Boppard	Kommunalakademie RLP	Asylverfahren und rechtliche Situation von Asylsuchenden	Mitarbeitende in kommunalen Verwaltungen (Ausländerbehörden und Sozialämter)	ganztägig

Nr.	Datum	Ort	Veranstalter/in	Thema	Zielgruppe	Dauer
Veranstaltungen an der Verwaltungshochschule in Mayen						
3	14.04.	Mayen	Verwaltungshochschule	Grundlagen des Asylverfahrens und Flüchtlingsrechts	Studierende der Verwaltungshochschule	ganztägig
4	25.05.	Mayen	Verwaltungshochschule	Grundlagen des Asylverfahrens und Flüchtlingsrechts	Studierende der Verwaltungshochschule	ganztägig
Bundesweite Veranstaltungen						
5	08.11.	Mainz	Bundesverband der Frauenberatungsstellen	Asylverfahren und aufenthaltsrechtliche Situation von geflüchteten Frauen; Asylbewerberleistungsgesetz und Wohnsitzregelung	Mitarbeiterinnen von Frauenberatungsstellen und -notrufen	zweistündig
Qualifizierungsangebote im Auftrag von Landesbehörden/Kommunalverwaltungen						
6	20.01.	Wald-fischbach	Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum (SPFZ)/Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung	rechtliche Situation von Flüchtlingskindern (Bezug: Integration in Kindertagesstätten)	Erzieher/innen	zweistündig
7	24.02.	Ludwigs-hafen	Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum (SPFZ)/Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung	rechtliche Situation von Flüchtlingskindern (Bezug: Integration in Kindertagesstätten)	Erzieher/innen	zweistündig
8	19.04.	Mai-kammer	Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum (SPFZ)/Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung	rechtliche Situation von Flüchtlingskindern (Bezug: Integration in Kindertagesstätten)	Erzieher/innen	zweistündig

Nr.	Datum	Ort	Veranstalter/in	Thema	Zielgruppe	Dauer
9	24.02.	Ingelheim	Kreisverwaltung Mainz-Bingen	Veränderungen im Flüchtlingsrecht seit Ende Oktober 2015	Haupt- und Ehrenamtliche der Flüchtlingsunterstützung im Kreis Mainz-Bingen	dreistündig (Abendveranstaltung)
10	08.09.	Mainz	Frauenministerium RLP	Geflüchtete Frauen in der Beratung	Schwangerenberatungsstellen	dreistündig
11/ 12	02.11.	Mainz	Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung	Flüchtlinge in der Schule: Situation - Rechte - Perspektiven	Lehrer/innen	zwei Workshops zu jeweils 1,5 Stunden
13	06.12	Wiesbaden	Jugendamt Wiesbaden	Rechtliche Situation von (unbegleiteten) minderjährigen Flüchtlingen	Mitarbeiter/innen des Jugendamtes	dreistündig
Qualifizierungsangebote im Rahmen des Kontaktstudiums Migration & Gesellschaft						
14	23.04.	Mainz	Zentrum für Wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Mainz	Asylverfahren und rechtliche Situation von Asylsuchenden; Arbeitsmarktzugang und Asylbewerberleistungsgesetz	Fachkräfte der sozialen Dienste, Lehrkräfte, Beschäftigte in der Migrations- und Flüchtlingsarbeit	ganztägig
15	09.11.	Mainz	Zentrum für Wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Mainz	Einführung in das Aufenthaltsrecht unter besonderer Berücksichtigung aktueller Entwicklungen	Fachkräfte der sozialen Dienste, Lehrkräfte, Beschäftigte in der Migrations- und Flüchtlingsarbeit	ganztägig

Nr.	Datum	Ort	Veranstalter/in	Thema	Zielgruppe	Dauer
Qualifizierungsangebote für LIGA-Organisationen						
16	16.02.	Landau	Diözesan-Caritasverband Speyer	Grundlagen des Asylverfahrens- und Flüchtlingsrechts; Arbeitsmarktzugang und Asylbewerberleistungsgesetz	Mitarbeiter/innen in der Flüchtlingsberatung des Diözesan-Caritasverbandes	ganztägig
17/ 18	17.02. und 09.03.	Mainz	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPWV) RLP/Saarland	Grundlagen des Asylverfahrens und Flüchtlingsrechts; Arbeitsmarktzugang und Asylbewerberleistungsgesetz	Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen des DPWV und seiner Mitgliedsverbände	jeweils dreistündig (Abendveranstaltungen)
19	19.03.	Bitburg	Caritasverband Westeifel	Grundlagen des Flüchtlingsrechts	Ehren- und hauptamtliche Flüchtlingsberater/innen aus der Westeifel	ganztägig
20	17.05.	Mainz	Diözesan-Caritasverband Mainz	Asylverfahren und Flüchtlingsrecht	Mitarbeiter/innen der Sozialberatung und -begleitung von Flüchtlingen	ganztägig
21	19.05.	Mainz	LIGA RLP	Basis-Seminar zu asylrechtlichen Fragestellungen	Hauptamtliche der Wohlfahrtsverbände in der Verfahrensberatung	ganztägig
22	23.05.	Boppard	AWO Bezirksverband Rheinland	Aktuelle gesetzliche Änderungen in der Ausländer- und Asylpolitik	Hauptamtliche Berater/innen der AWO (im Rahmen einer Klausurtagung)	zweistündig
23	19.09.	Trier	Willkommensnetz des Diözesan-Caritasverbandes Trier	Grundlagen des Asylverfahrens und Flüchtlingsrechts	Hauptamtliche Mitarbeiter/innen in der Verfahrensberatung im Willkommensnetz	ganztägig

Nr.	Datum	Ort	Veranstalter/in	Thema	Zielgruppe	Dauer
24/ 25/ 26	21.06./ 21.09./ 24.10.	Speyer	Diözesan-Caritas- verband Speyer	Coaching im Flüchtlings- recht (alle relevanten Gebiete)	Hauptamtliche Mitarbeiter/innen in der Verfahrens- beratung	jeweils drei- stündig
27	04.10.	Kaisers- lautern	DRK Kaiserslautern	Einführung in das Flücht- lingsrecht	Ehrenamtliche im Umfeld des DRK Kaiserslautern	drei- stündig (Abend- veranstal- tung)
28	18.10.	Hamm	Caritasverband Altenkirchen	Überblick Flüchtlings- recht	Ehrenamtliche im Umfeld des Cari- tasverbandes	drei- stündig (Abend- veranstal- tung)
29	31.10.	Mainz	DPWV Landesver- band	Informatio- nen zu aktuel- len Verände- rungen im Flüchtlings- recht	Mitarbeiter/innen des DPWV	einstündig
30	16.11.	Bad Müns- ter a. St./ Ebermburg	Diakonie der Pfalz	Überblick Flüchtlings- recht; Asyl- bewerberleis- tungsgesetz und Sozial- leistungen	Mitarbeiterinnen der Schwangeren- beratungsstellen	ganztägig
31	22.11.	Waldfisch- bach- Burgalben	Diözesan-Caritas- verband Speyer	Abrundung und Abschluss von drei Coaching- veranstaltungen (s. 24-26)	Hauptamtliche Mitarbeiter/innen in der Verfahrens- beratung	ganztägig
32	15.12.	Worms	Caritasverband Worms	Überblick über Flücht- lingsrecht	Personen in der Ausbildung zum Sprachmittler	vier- stündig

Nr.	Datum	Ort	Veranstalter/in	Thema	Zielgruppe	Dauer
Qualifizierungsangebote für Organisationen auf Landesebene						
33	21.01.	Kirkel	Internationaler Bund (Pfalz/Saarland)	Asylverfahren und Überblick über die rechtliche Situation von Flüchtlingen	Mitarbeiter/innen der Freiwilligendienste	dreistündig
34	26.01.	Frankfurt	Pro familia (Landesverband Hessen)	Asylverfahren und Überblick über die rechtliche Situation von Flüchtlingen	Mitarbeiter/innen von pro familia (Landesverband Hessen)	vormittags
35	19.02.	Mainz	Koordinierungsstelle Ehrenamt „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“/ AK Asyl RLP/ LIGA RLP/ Initiativausschuss für Migrationspolitik RLP	Qualifizierung von Multiplikator/innen für die Durchführung von „Einführungsveranstaltungen für Ehrenamtliche“	Hauptamtliche Berater/innen in der Flüchtlingsarbeit	ganztägig
36	14.06.	Kaiserslautern	Koordinierungsstelle Ehrenamt „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“	Grundlagen des Asylrechts	Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit	ganztägig
37	14.07.	Mainz	Koordinierungsstelle Ehrenamt „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“/ AK Asyl RLP	Grundlagen des Asylverfahrens und Flüchtlingsrechts	Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit	ganztägig
38	07.10.	Worms	Koordinierungsstelle Ehrenamt „Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz“/ AK Asyl RLP	Grundlagen des Asylverfahrens und Flüchtlingsrechts	Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit	ganztägig
Sonstige Qualifizierungsangebote für (örtliche) Einrichtungen und Initiativen						
39	27.01.	Alzey	Katholisches Dekanat Alzey/Gaubickelheim	Asyl- und Aufenthaltsrecht	Qualifizierung für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsbegleitung	vierstündig (Abendveranstaltung)

Nr.	Datum	Ort	Veranstalter/in	Thema	Zielgruppe	Dauer
40	02.03.	Mainz	Zentrum für selbstbestimmtes Leben (ZsL) Mainz	Grundlagen des Asylverfahrens und Flüchtlingsrechts; Arbeitsmarktzugang und Asylbewerberleistungsgesetz	Mitarbeiter/innen in Behinderteneinrichtungen	ganztägig
41/ 42	10.03./ 06.04.	Mainz	Katholisches und Evangelisches Dekanat Mainz	Einführung in das Asylverfahren und Flüchtlingsrecht	Aufeinander aufbauende Qualifizierung für Ehrenamtliche Flüchtlingsbegleiter/innen (1. Kurs)	jeweils dreistündig (Abendveranstaltungen)
43	22.03.	Altenkirchen	Jugendmigrationsdienst Diakonisches Werk Altenkirchen	Änderungen des Flüchtlingsrechts seit 2015	Haupt- und Ehrenamtliche der Flüchtlingsarbeit	zweistündig
44	05.04.	Guntersblum	Katholisches Dekanat Mainz-Süd	Grundlagen des Asylverfahrens und Asylbewerberleistungsgesetz	Qualifizierung für Ehrenamtliche Flüchtlingsbegleiter/innen	dreistündig (Abendveranstaltung)
45	12.05.	Vallendar	Koordination Flüchtlingshilfen im Kreis Mayen-Koblenz	Ablauf des Asylverfahrens	Schulungsabend für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe	dreistündig (Abendveranstaltung)
46	30.05.	Mainz	Katholisches und Evangelisches Dekanat Mainz	Einführung in das Asylverfahren und Flüchtlingsrecht	Qualifizierung für Ehrenamtliche Flüchtlingsbegleiter/innen (2. Kurs)	dreistündig (Abendveranstaltung)
47	06.06.	Westhofen	Caritasverband Worms	Einführung in das Asylverfahren und Flüchtlingsrecht	Hauptamtliche und ehrenamtliche Flüchtlingsbegleiter/innen	dreistündig (Abendveranstaltung)

Nr.	Datum	Ort	Veranstalter/in	Thema	Zielgruppe	Dauer
48	29.06.	Guntersblum	Katholisches Dekanat Mainz-Süd	Grundlagen des Asylverfahrens; Asylbewerberleistungsgesetz	Qualifizierung für Ehrenamtliche Flüchtlingsbegleiter/innen (2. Qualifikationsreihe)	dreistündig (Abendveranstaltung)
49	26.09.	Mainz	Miteinander Gonsenheim	Asylverfahren und Flüchtlingsrecht	Aktive des Netzwerks, Patinnen und Paten	dreistündig (Abendveranstaltung)
50	27.10.	Kandel	Diakonisches Werk der Pfalz	Sozialleistungen während des Asylverfahrens und bei Anerkennung	Haupt- und Ehrenamtliche in der Begleitung von Flüchtlingen	dreistündig (Abendveranstaltung)
51	30.11.	Spiesheim	Katholisches Dekanat Alzey/Gaubickelheim	Asyl- und Aufenthaltsrecht	Qualifizierung für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsbegleitung	vierstündig (Abendveranstaltung)
52	10.12.	Mainz	Juvente Mainz	Asylverfahren und rechtliche Situation von Flüchtlingen	Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit	Dreistündig (Sams-tagsveranstaltung)
53	16.12.	Mainz	Volkshochschule	Ausländerrecht; Zugang zum Arbeitsmarkt; soziale Leistungen	Qualifizierungsmodul im Rahmen der Ausbildung zu Sprachmittlern	Fünfstündig

1.2. Unterstützung von haupt- und ehrenamtlichen Berater/innen in Einzelfällen

Komplementär zur Qualifizierung von Haupt- und Ehrenamtlichen durch Veranstaltungen war der Initiativausschuss - insbesondere sein Geschäftsführer - Adressat zahlreicher und vielfach einzelfallbezogener Beratungs- und Unterstützungsanfragen von Personen, die haupt- und ehrenamtlich für und mit Flüchtlingen, Migrant/innen und Menschen mit einer Migrationsgeschichte arbeiten. Für diesen Personenkreis nahm der Initiativausschuss im Berichtsjahr eine Art „Back-Office-Funktion“ wahr, die immer dann in Anspruch genommen wurde, wenn Beratende vor Ort in einer konkreten Beratungssituation bei der rechtlichen Bewertung einer asyl- oder aufenthaltsrechtlichen Situation oder der hieraus resultierenden sozialrechtlichen Konsequenzen auf kompetente Unterstützung angewiesen waren.

Der Umfang und die Intensität solcher „Berater/innen-Beratungen“ waren sehr unterschiedlich. Sie reichten von kurzen Hinweisen auf relevante Gesetzestexte bis zu zeitintensiven Gesprächen, umfangreichen Recherchen und Rücksprachen mit Dritten (z.B. zuständigen Behörden).

Die Beratung und Unterstützung von haupt- und ehrenamtlichen Berater/innen in schwierigen Einzelfällen diene einerseits unmittelbar den Beratenden und den von ihnen beratenen Personen und mittelbar der Konzeptentwicklung und der inhaltlichen Ausgestaltung von Fortbildungsangeboten. Zudem waren die in der einzelfallbezogenen Beratungsarbeit erworbenen detaillierten Erkenntnisse über die Anwendungspraxis gesetzlicher Vorschriften und ihre Auswirkungen auf die Lebenssituation von Ausländer/innen eine wichtige Voraussetzung, um kompetente Kritik an Vorschriften bzw. Gesetzesvorhaben formulieren und Änderungsvorschläge unterbreiten zu können.

Im Berichtszeitraum wurden aus Beratungserfahrungen heraus mehrfach Vorschläge und Interventionen abgeleitet, die dem Integrationsministerium oder den für Integration zuständigen Landtagsmitgliedern in den Fraktionen mit dem Ziel zugetragen wurden, eine Änderung der praktischen Anwendung gesetzlicher Vorgaben zu erreichen.

Telefonisch, per Mail oder im direkten Gespräch hat der Initiativausschuss in Rheinland-Pfalz im Berichtsjahr 2016 ca. 950 solcher Beratungsmaßnahmen durchgeführt. Im Mittelpunkt solcher Anfragen standen im Berichtsjahr 2016 Unsicherheiten und Erklärungsbedarfe im Hinblick auf das materielle Asyl- und Flüchtlingsrecht. Darüber hinaus kreiste eine Vielzahl von Anfragen um das Thema „Fristen und Voraussetzungen für den Zugang von Asylsuchenden zum Arbeitsmarkt und zu Integrationsmaßnahmen“.

1.3. Sonstige Fortbildungsveranstaltungen und Fachtage (in Zusammenarbeit mit Dritten)

Über Qualifizierungsangebote für Haupt- und Ehrenamtliche im Asyl-, Ausländer-, Sozialleistungs- und Staatsangehörigkeitsrecht hinaus hat der Initiativausschuss in Rheinland-Pfalz - in der Regel mit Kooperationspartner/innen - weitere Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen zu unterschiedlichen Herausforderungen in der Einwanderungsgesellschaft durchgeführt oder bei solchen Veranstaltungen eine aktive inhaltliche Rolle (Impulsreferate, Vorträge, Beteiligung an Podiumsdiskussion etc.) übernommen. Im Berichtszeitraum wurden folgende solcher Veranstaltungen geplant und durchgeführt:

❖ Lehrer/innenfortbildung zum Thema „Muslimische Kinder in der Schule“

Das ganztägige Fortbildungsangebot für Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz wurde am 7. Dezember 2016 in Kooperation mit dem Pädagogischen Landesinstitut Rheinland-Pfalz durchgeführt. Veranstaltungsort war Mainz, 22 Personen nahmen teil. Die Fortbildung wurde finanziell durch das rheinland-pfälzische Bildungsministerium gefördert.

Ziel der Fortbildung war es, die Teilnehmenden dafür zu sensibilisieren, dass Herausforderungen, die zunächst ausschließlich in der Religionszugehörigkeit von Schüler/innen begründet zu sein scheinen, in der Regel auch mit der sozialen Situation, mit Migrationserfahrungen, der kulturellen Prägung und der besonderen Lebensphase des Heranwachsens zu tun haben und Konflikt-Lösungsansätze diese Komplexität berücksichtigen müssen.

Im Dialog verständigten die Teilnehmenden sich darauf, folgende schulalltägliche Herausforderungen im Zusammenhang mit muslimischen Schulkindern zu bearbeiten:

- ❖ Gewaltaffinität von Jungen im Grundschulalter, die z.B. im „spielerischen“ Gebrauch von Waffennachbildungen im Klassenzimmer zum Ausdruck kommt und von „islamistischen“ Parolen bzw. abwertenden Äußerungen gegenüber Nichtmuslimen begleitet wird.
- ❖ Problematische Kooperation mit muslimischen Eltern. Als Beispiel wurde angeführt, dass Eltern die Äußerungen von Lehrer/innen zum Fehlverhalten der eigenen Kinder vielfach entweder in Zweifel ziehen oder die Ursachen hierfür im Verhalten Dritter suchen.

- ❖ Uneinsichtigkeit insbesondere bei Jungen im Hinblick auf eigenes Fehlverhalten: Lehrkräfte beklagten, dass offensichtliches und von anderen bezeugtes Fehlverhalten wider besseres Wissen hartnäckig abgestritten wird.
- ❖ Unsicherheiten von Lehrkräften im Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten bei Flüchtlingskindern, die möglicherweise mit traumatischen Erfahrungen im Herkunftsland oder auf der Flucht zu tun haben.

Nach einem Impulsreferat zum Thema „Erziehungsideale im Islam und Erziehungspraxis muslimischer Familien in Deutschland“ wurden Arbeitsgruppen gebildet, in denen - nach einer Phase der Selbstreflexion (eigene Gedanken, Gefühle, Assoziationen, Irritationen angesichts der konkret zu bearbeitenden Situation) - mögliche (multikausale) Erklärungsansätze für ein problematisches Verhalten herausgearbeitet und auf dieser Grundlage Handlungs- und Lösungsstrategien entwickelt wurden. **Ein Bericht zur Veranstaltung liegt diesem Sachbericht als Anlage 1 bei.**

❖ **Veranstaltungsreihe „Herzlich willkommen im Betrieb!?!“**

Als inhaltlicher Kooperationspartner hat sich der Initiativausschuss an einer Veranstaltungsreihe des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland, des Referats „Berufs- und Arbeitswelt“ im Bistum Mainz und des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN zum Thema „Herzlich willkommen im Betrieb!?!“ beteiligt. Das dreiteilige Veranstaltungsformat setzte sich mit den Beschäftigungsbedingungen für Menschen mit einer Migrationsgeschichte in Kleineren und Mittleren Unternehmen (KMU) auseinander. Die Veranstaltungen fanden im Mai und Juni 2016 statt und beleuchteten

- a) die Herausforderungen bei der Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland (Veranstaltung „Anwerbung – Arbeiten fern der Heimat“ am 12. Mai 2016 in Mainz; Referent/innen: Doris Hormel, Arbeit und Leben gGmbH und Stefan Löhner, Personalleiter City-Bus Mainz GmbH);
- b) Diskriminierungen und Ressentiments gegenüber ausländischen Kolleg/innen im Betrieb und Wege zur Überwindung solcher „Ausgrenzungsphänomene“ (Veranstaltung „Ausgrenzen - Umgang mit Rassismus im Betrieb“ am 24. Mai 2016 in Mainz; Referent/innen: Mark Haarfeldt, Verein „Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.“ und Meike Kurtz, Jugendfeuerwehr Rheinland-Pfalz);
- c) Strategien zur Herstellung bzw. Verbesserung der „Vielfaltsfähigkeit“ in der Arbeitswelt (Veranstaltung „Gestalten - Kulturelle Vielfalt im betrieblichen Alltag“ am 16. Juni 2016 in Mainz; Referent/innen: Gülsah Tunali, DGB Bildungswerk e.V. sowie Peter Seliger, Betriebsratsvorsitzender Chemische Fabrik Budenheim KG und Ashraf El Weshahy, Handwerkskammer Rheinhessen).

Die Veranstaltungsankündigung liegt diesem Sachbericht als Anlage 2 bei.

❖ **Fachtag des Netzwerks diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz: „Qualität in der merkmalsübergreifenden Antidiskriminierungsberatung“**

Um die Handlungs- und Beratungskompetenz der haupt- und ehrenamtlich in der Antidiskriminierungsarbeit engagierten Personen zu stärken, widmete sich der 2. Fachtag des „Netzwerk diskriminierungsfreies RLP“ am 24. November 2016 in Mainz dem Thema „Qualität in der merkmalsübergreifenden Antidiskriminierungsberatung“. Der Initiativausschuss ist aktives Mitglied des Netzwerkes. Insgesamt 45 haupt- und ehrenamtlich Engagierte aus allen Landesteilen und aus Institutionen, Initiativen, Einrichtungen und Interessensvertretungen aller Merkmale, an die Diskriminierungen anknüpfen, nahmen an dem Fachtag teil. Im Rahmen des Fachtages zeichnete Torsten Jäger für Leitung eines Workshops zum Thema „Welche Instrumente und Verfahren der Dokumentation kann ich nutzen und wie kann ich dem Datenschutz Rechnung tragen?“ verantwortlich. Zudem war er Mitwirkender bei dem abschließenden Podiumsgespräch, bei dem über die Ergebnisse der Workshops berichtet und diskutiert wurde. **Der Bericht zur Veranstaltung liegt diesem Sachbericht als Anlage 3 bei.**

2. Aktive Mitwirkung an Informationsveranstaltungen // Mitaufruf zu Kundgebungen

Mit Vorträgen sowie durch die Teilnahme an Podiumsdiskussionen hat der Initiativausschuss seine Positionen darüber hinaus bei Veranstaltungen anderer zivilgesellschaftlicher oder staatlicher Akteur/innen eingebracht und dort über aktuelle Entwicklungen im Handlungsfeld „Asyl, Migration, Integration und Antirassismus-Arbeit“ informiert. Im Berichtszeitraum 2016 geschah dies im Rahmen folgender Veranstaltungen:

❖ Info-Messe „Ehrenamt und Flüchtlinge“ am 30. 01. 2016 in Mainz

Auf Einladung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer beteiligte sich der Initiativausschuss an der Veranstaltung in der „Alten Lokhalle“ in Mainz. Ziel der Messe waren der Austausch und die Vernetzung von Ehrenamtlichen der Flüchtlingshilfe und hauptamtlichen Expert/innen. An rund 50 Ständen wurden Informationen über Organisationen, Fortbildungsangebote, Aktionsbündnisse und Angebote für Flüchtlinge bereitgehalten. Der Initiativausschuss war mit einem eigenen Informationsstand vertreten, an dem sein Geschäftsführer, Roland Graßhoff, interessierten „Flüchtlingshelfer/innen (einzel-fallbezogene) asylrechtliche Beratung anbot.

❖ Vortrag „Sprachfähig in der Flüchtlingsdebatte“ am 15. 03. 2016 in Reichelsheim/Odenwald

Anlässlich einer Veranstaltung im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus referierte Torsten Jäger auf Einladung des Runden Tisch/Aktionskreis für internationale Verständigung in Reichelsheim und der Ev. Michaelsgemeinde zum Thema „Sprachfähig in der Flüchtlingsdebatte - Argumente und Fakten gegen rechte Parolen und Vorurteile. Ziel des Vortrags und der anschließenden Diskussion war es, haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit engagierte Personen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen dazu in die Lage zu versetzen, in der Debatte mit „flüchtlingskritischen“ Personen gegen verbreitete Parolen und Vorurteile argumentativ gegenhalten und „Überzeugungsarbeit“ leisten zu können.

❖ Vortrag „Willkommenskultur oder Abschiebepolitik“ am 14. 04. 2016 in Trier

Vor dem Hintergrund zweier gegenläufiger Entwicklungen - Ausgestaltung der Willkommenskultur für Flüchtlinge insbesondere durch Ehrenamtliche einerseits und gesetzliche Restriktionen gegenüber Flüchtlingen andererseits - standen folgende Fragen im Mittelpunkt des Vortrags von Torsten Jäger: Wie kann Solidarität mit Flüchtlingen über Kleiderspenden und Willkommengesten hinaus aussehen? Was müsste aus menschenrechtlicher Sicht gegen die weitere Aushöhlung des Asylrechts und für eine humane Migrations- und Integrationspolitik getan werden? Welche Maßnahmen hat der Gesetzgeber beschlossen, was sind die Ziele und die konkreten Folgen für Schutzsuchende? Wie sehen gute Aufnahmestrukturen aus? Was müsste getan werden und wie können wir dies unterstützen?

❖ Podiumsdiskussion „Wie kann die Integration von Flüchtlingen gelingen?“ am 16. 04. 2016 in Trier

Die Frage nach den Voraussetzungen für ein Gelingen der gesellschaftlichen Integration von Flüchtlingen stand im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion im Rahmen der „Heilig-Rock-Tage“ des Bistums Trier. Neben Torsten Jäger nahmen der Generalvikar des Bistums Limburg, Dr. Georg Bätzing, der Vorsitzende des Katholikenrats des Bistums, Bruno Sonnen sowie Triers Bürgermeisterin und Sozialdezernentin Angelika Birk teil und brachten ihre jeweiligen Perspektiven und Positionen ein.

❖ Vortrag „Sprachfähig in der Flüchtlingsdebatte“ am 31. 05. 2016 in Michelstadt/Odenwald

Im Rahmen der Fortbildungsreihe "Wissen macht stark" des Diakonischen Werks Odenwald, des Evangelischen Dekanats Odenwald und der Ehrenamtsagentur des Odenwalds referierte Torsten Jäger zum Thema „Sprachfähig in der Flüchtlingsdebatte - Argumente und Fakten gegen rechte Parolen und Vorurteile. Ziel des Vortrags und der anschließenden Diskussion war es, haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit engagierte Personen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen dazu in die Lage zu versetzen, in der Debatte mit „flüchtlingskritischen“ Personen gegen verbreitete Parolen und Vorurteile argumentativ gegenhalten und „Überzeugungsarbeit“ leisten zu können.

❖ **Bundesmigrationskonferenz der IG Metall 8. bis 10. 06 2016 in Sprockhövel**

Die Bundesmigrationskonferenz der IG Metall vom 8. bis 10. Juni 2016 in Sprockhövel diente u.a. der Positionierung der IG Metall zur Notwendigkeit und ggf. konkreten Ausgestaltung eines Einwanderungsgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Auf Einladung der Hauptverwaltung der IG Metall nahm Torsten Jäger als externer Berater an der Versammlung der ca. 150 Delegierten teil.

❖ **Vortrag „RLP und die Situation im Bereich der Flüchtlingspolitik – Welche Aufgaben und Möglichkeiten haben Politik und Gesellschaft?“ am 15. 06. 2016 in Bad Münster am Stein-Ebernburg**

Im Rahmen einer von der Evangelischen Kirche der Pfalz (Evangelische Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft - Fachbereich: Arbeitswelt und Politik) ausgerichteten Fortbildung für Justizbedienstete in RLP referierte Torsten Jäger über aktuelle Entwicklungen im Hinblick auf die rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Aufnahme und Integration von Schutzsuchenden in Rheinland-Pfalz und diskutierte er mit den Teilnehmer/innen über verbreitete Ressentiments und Vorurteile gegenüber Flüchtlingen sowie über Möglichkeiten für freiwilliges und ehrenamtliches Engagement.

❖ **Podiumsdiskussion zum Thema „Flucht. Von weltweit bis in das Bistum Speyer. Ansichten und Aussichten“ am 25. 06. 2016 in Speyer**

Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Menschen auf der Flucht“ fand am Samstag, den 25. Juni in Speyer (Historisches Museum der Pfalz) eine Podiumsdiskussion statt, bei der Integrationsministerin Anne Spiegel, Bischof Dr. Karl-Heinz Wiesemann, Dr. Oliver Müller (Leiter von Caritas international) und Torsten Jäger unter der Überschrift „Flucht. Von weltweit bis in das Bistum Speyer. Ansichten und Aussichten“ über Fluchtursachen und über die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in den Kommunen diskutierten. Moderiert wurde das Gespräch von Dr. Christiane Florin (Redakteurin für den Themenbereich "Religion und Gesellschaft" beim Deutschlandfunk).

❖ **Vortrag: „Integration von Flüchtlingen – kein Problem für den Sport?“ am 19. 09. 2016 in Koblenz**

Unter dem Motto „Integration von Flüchtlingen - kein Problem für den Sport?“ stand das 11. Diskussionsforum des Landesportbundes und seiner Sportjugend vor knapp 100 Zuhörern im Haus des Sports in Koblenz. In seinem Impulsreferat informierte Torsten Jäger über aktuelle Entwicklungen der Asyl- und Integrationspolitik in RLP sowie über beispielhafte Integrationsinitiativen von Sportvereinen und -verbänden. In der anschließenden Podiumsdiskussion mit u.a. Monika Sauer (LSB-Vizepräsidentin und Präsidentin des Sportbundes Rheinland) wies Torsten Jäger auf weitergehende Handlungsoptionen insbesondere für Sportverbände (u.a. Positionierung im Hinblick auf die Situation Schutzsuchender außerhalb der Bundesrepublik Deutschland) und auf konkrete Gestaltungsmöglichkeiten für Sportvereine (bedarfsorientierte und zielgruppengerechte Angebote für Flüchtlinge in der Kommune) hin.

❖ **Vom Kommen und vom Gehen – Drei Filme zum Thema Migration“ - Filmgespräch im Rahmen der Interkulturellen Woche am 28. 09. 2016 in Bingen**

Im Rahmen einer dreiteiligen Veranstaltungsreihe der Evangelischen Christuskirchengemeinde Bingen-Büdesheim, der Evangelischen Johannesgemeinde Bingen, der Fachstelle des Evangelischen Dekanats Ingelheim sowie der Pfarrstelle für Flüchtlingsarbeit im Kooperation mit dem Förderverein „KinoKulturBingen“ sahen am 28. September 2016 knapp 150 Zuschauer/innen den Film „300 Worte Deutsch“. In einem anschließenden Expertengespräch wurde Torsten Jäger zur Bedeutung und Rolle von Sprachkenntnissen und der Familieneinheit im Integrationsprozess befragt.

❖ **Mahnwache Tag des Flüchtlings am 9. Dezember 2016 in Mainz**

Im Mittelpunkt der vom AK Asyl Rheinland-Pfalz ausgerichteten und u.a. vom Initiativausschuss unterstützen Mahnwache zum „Tag der Menschenrechte“, die am 9. Dezember 2016 vor dem Integrationsministerium in Mainz stattfand, stand die aufenthaltsrechtliche Situation afghanischer Schutzsuchender in RLP und die aktuelle Lage in ihrem Herkunftsland. Darüber hinaus forderten AK Asyl und Initiativausschuss gemeinsam mit mehr als 300 Teilnehmer/innen von der Landesregierung die Achtung der Menschenrechte auch bei Ausreisepflichtigen aus so genannten „sicheren Herkunftsländern“ und ein Recht auf Bildung für alle Flüchtlinge.

3. Aktive Mitarbeit in Gremien auf Landes- und Bundesebene

Der Initiativausschuss arbeitet auf Landes- und auf Bundesebene in zahlreichen Gremien mit, um seinen Anliegen - Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der in Rheinland-Pfalz bzw. in Deutschland lebenden Migrant/innen und Menschen mit Migrationsgeschichte sowie das solidarische Zusammenleben von einheimischer Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten - Gehör zu verschaffen, die Aufnahmegesellschaft hierfür zu sensibilisieren und politische Entscheidungen in diesem Sinne zu befördern. Im Berichtszeitraum 2016 hat er in folgenden Gremien regelmäßig mitgearbeitet:

❖ Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI)

Im Berichtszeitraum wurde der Initiativausschuss von Roland Graßhoff im Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI) vertreten. Das von der Landesregierung initiierte und koordinierte Gremium will Migrant/innen, ihre Organisationen und weitere Nichtregierungsorganisationen in die Ausgestaltung der Integrationspolitik der Landesregierung einbinden. Dem LBMI gehören mehr als 50 rheinland-pfälzische Organisationen und Einrichtungen an; vertreten sind neben den integrationsrelevanten Ressorts der Landesregierung u.a. die Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Nichtregierungsorganisationen, Migrantenorganisationen sowie Vertretungen der Wissenschaft, der Kommunalpolitik und der Sozialpartner. Im Berichtszeitraum haben aufgrund der Landtagswahlen und der Neukonstituierung der Landesregierung nur insgesamt zwei Zusammenkünfte des LBMI stattgefunden. Bei der Sitzung am 21. April 2016 standen Qualifizierungsmaßnahmen und arbeitsmarktintegrationsfördernde Programme der Landesregierung für Asylsuchende und Flüchtlinge sowie die Bilanzierung der Arbeit des Landesbeirats in der zu Ende gehenden Legislaturperiode im Mittelpunkt. Die konstituierende Sitzung des Landesbeirats am 9. Dezember 2016 stand im Zeichen der Beratung einer neuen Geschäftsordnung für das Gremium und der Diskussion über die im Koalitionsvertrag vereinbarten Schwerpunkte der neuen Landesregierung im Handlungsfeld „Asyl, Migration und Integration“.

❖ Arbeitsgruppen des Landesbeirats für Migration und Integration (LBMI)

Insgesamt vier Arbeitsgruppen (AG „Interkulturelle Öffnung in Arbeit und Ausbildung“, AG „Interkulturelle Öffnung im Bildungssystem“, AG „Interkulturelle Öffnung in der Kommunalverwaltung“ und AG „Versachlichung der Integrationsdebatte/Antirassismus“) arbeiteten dem Landesbeirat für Migration und Integration in der zurückliegenden Legislaturperiode inhaltlich zu. Mit der Neukonstituierung des Gremiums im Dezember 2016 wurden die Arbeitsgruppen aufgelöst und durch die Möglichkeit zur Einrichtung von themenübergreifenden „Ad-hoc-Arbeitsgruppen“ ersetzt. Im Berichtszeitraum 2016 fand lediglich eine Beratung im Rahmen der vom Geschäftsführer des Initiativausschusses und dem Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration gemeinsam verantworteten Arbeitsgruppe „Versachlichung der Integrationsdebatte/Antirassismus“ statt. Im Mittelpunkt stand a) die Beratung der Ergebnisse eines im Dezember 2015 geführten Gesprächs zwischen Mitgliedern der AG sowie dem Innenministerium und der Hochschule der Polizei zum Thema „racial profiling“ und b) die Diskussion über die Fortsetzung der Zusammenarbeit von Regierung und NRO im Themenfeld „Antirassismus“ in der neuen Legislaturperiode.

❖ Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

Die Bündelung von Erfahrungen und unterschiedlichen Kompetenzen ist die Grundidee des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz. Das Beratungsnetzwerk ist Teil des Kompetenznetzwerks „Demokratie leben!“ in Rheinland-Pfalz. Fachkräfte von staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen bilden einen feststehenden Expert/innenpool innerhalb des Beratungsnetzwerks, das sowohl der Prävention als auch der Bearbeitung manifester Konflikte mit rechtsextremen Hintergrund und der Arbeit mit Menschen verpflichtet ist, die sich aus rechtsextremen Strukturen lösen möchten. Aufgrund der Tatsache, dass (a) rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien und Bewegungen Flüchtlinge zunehmend zur Mobilisierung für ihre demokratiefeindlichen Zwecke missbrauchen und (b) Flüchtlinge und andere gesellschaftliche Minderheiten (insbesondere Muslime, Roma und Juden) bzw. ihre Einrichtungen zunehmend rassistischen Beleidigungen und/oder rassistischer Gewalt ausgesetzt sind, hat der Initiativausschuss sich Ende 2015 zur Mitarbeit in dem

Beratungsnetzwerk entschieden. Er wurde im Berichtszeitraum bei Netzwerktreffen und Veranstaltungen des Netzwerkes von Torsten Jäger vertreten.

❖ Bündnis gegen die extreme Rechte - für Vielfalt und Toleranz

Weil - wie zuvor beschrieben - rechtspopulistische und rechtsextreme Strukturen, Parteien und Bewegungen gegenwärtig insbesondere auf die „Flüchtlingsthematik“ und kontinuierlich auf Ressentiments gegenüber Muslimen als Mobilisierungsthemen zurückgreifen, ist die Vernetzung migrationspolitischer Organisationen mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und Netzwerken gegen Rechtsextremismus dringend geboten. Der Initiativausschuss arbeitete deshalb im Berichtsjahr 2016 nicht nur im „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz“, sondern darüber hinaus auch im landesweiten zivilgesellschaftlichen „Bündnis gegen die extreme Rechte - für Vielfalt und Toleranz“ mit. Er wurde dort von Torsten Jäger vertreten und beteiligte sich aktiv an einer Veranstaltung des Bündnisses am 30. April 2016 in Mainz.

❖ Netzwerk Diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz

Das Netzwerk ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Initiativen der Antidiskriminierungsarbeit in Rheinland-Pfalz und wurde im Jahr 2010 gegründet. Es setzt sich durch Öffentlichkeitsarbeit, wechselseitigen Informationsaustausch, Qualifizierung von Beratenden und durch die Schaffung von Zugängen zu rechtlicher Beratung für die Gleichberechtigung, Akzeptanz und Selbstbestimmung von Personen und Gruppen ein, die von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen sind. Der Initiativausschuss wird im „Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ von Torsten Jäger vertreten. Im Berichtszeitraum haben ein Fachtag (s. hierzu Punkt 1.3. des Sachberichts) sowie insgesamt sieben weitere Treffen des „Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ stattgefunden. Gegenstand der Beratungen waren dabei u.a. die Erarbeitung von Wahlprüfsteinen für die Landtagswahlen, die Weiterbearbeitung eines Konzepts zur flächendeckenden Beratung von Diskriminierungsopfern in Rheinland-Pfalz und zur Qualifizierung von Berater/innen im Hinblick auf die Instrumente, Reichweite und Grenzen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) sowie die strukturelle Weiterentwicklung des Netzwerkes und die hierfür erforderlichen Voraussetzungen.

❖ Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte

Das „Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte“ ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen, die gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung arbeiten. Sie wirken darauf hin, gleiche Rechte für alle Menschen zu schaffen, unabhängig von sozialer, ethnischer und kultureller Herkunft, Geschlecht, Alter, sexueller Identität oder physischer und psychischer Einschränkungen. Dem Netz gegen Rassismus gehören u.a. der Antidiskriminierungsverband Deutschland, die Aktion Courage, der AWO Bundesverband, der Bevollmächtigte des Rates der EKD, die Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund der Deutsche Caritasverband, das Deutsche Institut für Menschenrechte, das Deutsche Rote Kreuz, der DGB-Bundesvorstand, das Diakonische Werk der EKD, der Verband binationaler Familien und Partnerschaften, die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, PRO ASYL sowie Zentralrat der Juden in Deutschland, der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und der Zentralrat der Muslime in Deutschland an. Das Netzwerk dient insbesondere dem Informationsaustausch und der Vernetzung der Arbeit gegen Rassismus, Intoleranz und Ausgrenzung. Dem Initiativausschuss bietet das Netz gegen Rassismus die Möglichkeit zur frühzeitigen Informationsgewinnung im Hinblick auf bundespolitische Entwicklungen und zur Einbindung in bundesweite Diskurse, Entwicklungen und Maßnahmenvorhaben zivilgesellschaftlicher Akteur/innen. Torsten Jäger hat den Initiativausschuss im Berichtsjahr 2016 bei den vier Zusammenkünften des Netzes gegen Rassismus vertreten.

❖ Interkultureller Rat in Deutschland

Im Interkulturellen Rat in Deutschland arbeiten Menschen unterschiedlicher Herkunft und Nationalität aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Religionsgemeinschaften, Migrant/innen- und Menschenrechtsorganisationen, Kommunen und staatlichen Stellen, Medien, Wissenschaft und Sport zusammen. Er initiiert auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene Runde Tische, Gesprächsforen oder Gremien, in denen an der Überwindung von Ras-

sismus und Diskriminierung gearbeitet wird. Er benennt, bearbeitet und versachlicht aktuelle Konflikte und Herausforderungen des Zusammenlebens im Einwanderungsland Deutschland durch Informationsmaterialien, Argumentationshilfen, Broschüren, Fachtagungen und Konferenzen und entwickelt und erprobt Modellprojekte, die zu einem friedlichen Zusammenleben der Kulturen und Religionen beitragen wollen. Roland Graßhoff ist Mitglied des Interkulturellen Rates in Deutschland und hat im Berichtsjahr aktiv in den Strukturen des Vereins mitgearbeitet.

4. Lobbyarbeit / politische Gespräche

Der Initiativausschuss versteht sich als Lobbyorganisation für Asylsuchende, Flüchtlinge, Migrant/innen und Menschen mit einer Migrationsgeschichte. Er setzt sich im Interesse des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhaltes für deren Gleichberechtigung in Politik und Gesellschaft ein. Mit diesem Ziel ist er ständig im Gespräch mit Multiplikator/innen und anderen relevanten Akteur/innen der Zivilgesellschaft sowie mit Vertreter/innen der Medien. Darüber hinaus sucht und pflegt er den Kontakt mit der Exekutive sowie den politisch Verantwortlichen in den demokratischen Parteien und den Parlamenten auf kommunaler Ebene sowie im Bund und im Land. Insbesondere trägt er seine Positionen regelmäßig in direkten Gesprächen mit den Fraktionen im rheinland-pfälzischen Landtag und mit Mitgliedern der Landesregierung an politisch Verantwortliche heran. Im Jahr 2016 haben in diesem Zusammenhang folgende Gespräche stattgefunden:

❖ Gespräche mit den Spitzenkandidatinnen von SPD und CDU zu den Landtagswahlen 2016

Im ersten Quartal des Berichtsjahres haben der Initiativausschuss und der AK Asyl im Vorfeld der Landtagswahlen am 13. März 2016 gemeinsam jeweils ein Gespräch mit der Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer (Gespräch am 10. Februar 2016 in Mainz) und mit der Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Julia Klöckner, (Gespräch am 25. Januar 2016 in Bad Kreuznach) geführt. In beiden Treffen waren die asyl- integrations- und migrationspolitischen Erwartungen von Initiativausschuss und AK Asyl für die neue Legislaturperiode Gegenstand des Austauschs und der Diskussion. Darüber hinaus appellierten Initiativausschuss und AK Asyl in beiden Gesprächen an die Spitzenkandidatinnen, sich im laufenden Landtagswahlkampf klar von Positionen der AfD abzugrenzen und die Frage der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen nicht populistisch, sondern sachorientiert zu diskutieren.

❖ Gespräche mit den Landtagsfraktionen von SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen

Die Gespräche mit Mitgliedern von Landtagsfraktionen wurden im Berichtszeitraum gemeinsam mit dem AK Asyl Rheinland-Pfalz geführt. Gesprächsgegenstände waren insbesondere die Schwerpunktsetzungen der neuen Landesregierung im Handlungsfeld „Migration, Integration und Asyl“ sowie die Finanzierung dieses Themenfeldes im Doppelhaushalt 2017/2018 und die Verwendung der „Integrationspauschale“, die den Ländern vom Bund für die Jahre 2016 bis mindestens 2018 zur Verfügung gestellt wird. Grundlage der Gespräche waren eine gemeinsames Positionspapier von DGB, AGARP, AK Asyl und Initiativausschuss „Erwartungen an die neue rheinland-pfälzische Landesregierung“, das im März 2016 im Rahmen eines Pressegesprächs veröffentlicht wurde, und ein Positionspapier von Initiativausschuss und AK Asyl zum Thema „Integration von Flüchtlingen - Handlungsfelder und Bedarfe“ vom Oktober 2016 (s. hierzu Punkt 5 des Sachberichts).

Darüber hinaus haben der Initiativausschuss und der AK Asyl regelmäßig die schwierige Situation afghanischer Asylsuchender in RLP sowie die Arbeit der Härtefallkommission in die Gespräche eingebracht und zur Diskussion gestellt. Im Einzelnen wurden folgende Gespräche geführt:

❖ 17. 05. 2016: Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Gespräch mit Daniel Köbler, Mitglied der Landtagsfraktion.

❖ 22. 09.2016: Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Gespräch mit Daniel Köbler, Sprecher der Landtagsfraktion für Finanzen und Beteiligungen, Soziales, Arbeit, Familie, Bildung, frühkindliche Bildung, Inklusion und Sport.

❖ **04. 10. 2016: CDU-Landtagsfraktion**

Gespräch mit Adolf Kessel, migrations- und integrationspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion.

❖ **27. 10. 2016: Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen**

Gespräch mit Dr. Bernhard Braun, Fraktionsvorsitzender und Daniel Köbler, Sprecher der Landtagsfraktion für Finanzen und Beteiligungen, Soziales, Arbeit, Familie, Bildung, frühkindliche Bildung, Inklusion und Sport.

❖ **8. 11. 2016: SPD-Landtagsfraktion**

Gespräch mit den Mitgliedern des Arbeitskreis "Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz" der Landtagsfraktion: Anke Simon, Jochen Hartloff, Dr. Anna Köbberling, Jaqueline Rauschkolb und Marc Ruland.

❖ **11. 11. 2016: FDP-Landtagsfraktion**

Gespräch mit Cornelia Willius-Senzer, Sprecherin der Fraktion für Gesellschaft, Integration und Verbraucherschutz sowie für Europa und Eine Welt.

❖ **Gespräche mit Mitgliedern der rheinland-pfälzischen Landesregierung**

Im Berichtszeitraum führte der Initiativausschuss gemeinsam mit dem AK Asyl Rheinland-Pfalz insgesamt zwei direkte Gespräche mit der Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz, Anne Spiegel:

❖ **Gespräch am 11. 04. 2016:**

Zum Zeitpunkt des Gesprächs bekleidete Anne Spiegel das Amt der Staatsministerin für Integration noch nicht - die Wahl der Ministerpräsidentin durch den neu konstituierten Landtag und die Ernennung der Minister/innen erfolgte erst im Mai 2016. Gleichwohl war ihre Ernennung zur Fachministerin zum Zeitpunkt des Gesprächs absehbar. Gegenstand des Gesprächs waren die laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Der Initiativausschuss und der AK Asyl erörterten mit Anne Spiegel, welche Erwartungen und Forderungen aus Sicht von Flüchtlings- und Migrationsorganisationen unbedingt erfüllt sein müssen, um die Asyl- und Migrationspolitik auch in der neuen Legislaturperiode an humanitären Grundsätzen ausrichten zu können.

❖ **Gespräch am 1. 07. 2016:**

In dem Gespräch zeitnah nach der Ernennung von Anne Spiegel zur Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz stellten der der Initiativausschuss und der AK Asyl insgesamt 10 konkrete Erwartungen an die neue Ressortleiterin zur Diskussion. Dabei handelte es sich um folgende Punkte:

- ❖ Die Migrations-, Integrations- und Flüchtlingspolitik muss integraler Bestandteil einer Politik der sozialen Gerechtigkeit für alle sein!
- ❖ Die ressortübergreifende Zusammenarbeit im Handlungsfeld „Integration“ muss erweitert und verbessert werden!
- ❖ Der Landesintegrationsbeirat muss strukturell weiterentwickelt werden!
- ❖ Ein ressortübergreifender „Aktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ muss erarbeitet werden!
- ❖ Am Prinzip des Vorrangs der freiwilligen Ausreise vor der Abschiebung muss festgehalten werden!
- ❖ (Alternative) Aufnahmekonzepte für Asylsuchende - z.B. Wiederaufnahme und Erweiterung des Resettlement-Programm für Syrer/innen auf Landesebene // Kommunen, die zur Übernahme von „zusätzlichen“ Flüchtlingen bereit sind - müssen umgesetzt, gefördert und unterstützt werden!
- ❖ Für die Unterbringung von Asylsuchenden in Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes und in den Kommunen müssen verbindliche Mindeststandards festgelegt werden!
- ❖ Die Verfahrens- und Migrationsberatung in den EAE und den Kommunen und die Unterstützungsstrukturen insbesondere für traumatisierte Flüchtlinge müssen ausgeweitet werden!

- ❖ Die Nutzung von Ermessensspielräumen im Ausländer- und Asylrecht zugunsten der Betroffenen und die Serviceorientierung der Ausländerbehörden muss verbessert werden!
- ❖ Die Förderung der Arbeit von landesweiten Strukturen der Asyl, Flüchtlings- und Migrationsarbeit (inkl. der Ehrenamtskoordination) muss dem Bedarf angepasst und deshalb ausgeweitet werden!

❖ **Expertengespräch mit der Leitung des BAMF und der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, am 13. 01. 2016**

Auf Einleitung des Leiters des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und der Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank-Jürgen Weise, nahm Torsten Jäger für den Initiativausschuss an einem internen Hintergrundgespräch teil, bei dem am 13. Januar 2016 in Berlin u.a. die gesetzlichen Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung im Rahmen der Asylpakete I und II dargelegt sowie die beim BAMF geplanten Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung und ein Konzept zur Implementierung eines „integrierten Flüchtlingsmanagements“ vor- und zur Diskussion gestellt wurden. Neben dem Initiativausschuss nahmen an dem Gespräch je ein/e Vertreter/in von PRO ASYL, amnesty international, dem UNHCR, der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender und der Integrationsagentur „Tür an Tür e.V.“ teil.

5. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / Stellungnahmen

Mit seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bemüht sich der Initiativausschuss darum, kontroverse Debatten über die Ausgestaltung der Einwanderungsgesellschaft zu versachlichen, die Aufnahmegeellschaft für die Chancen und Herausforderung der Einwanderung zu sensibilisieren, in Politik und Gesellschaft meinungsbildend zu wirken und auf eine menschenrechtsorientierte und dem Gedanken der Gleichbehandlung verpflichteten Asyl-, Einwanderungs- und Integrationspolitik Politik in Rheinland-Pfalz hinzuwirken. Dabei geht der Initiativausschuss insbesondere bei der Erarbeitung und Bekanntmachung von Stellungnahmen, Forderungen und Positionen vielfach Bündnisse mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften ein. Im Berichtszeitraum wurden in diesem Zusammenhang u.a. die folgenden Maßnahmen durchgeführt:

❖ **Aufruf „Keine Stimme für die Alternative für Deutschland“**

In einem gemeinsamen Aufruf „Keine Stimme für die Alternative für Deutschland“ hat der Initiativausschuss zusammen mit dem AK Asyl, dem DGB Rheinland-Pfalz/Saarland und der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration (AGARP) im März 2016 dazu aufgerufen, sich an der Landtagswahl am 13. März 2016 zu beteiligen, dabei aber keine offen rechtsextreme Partei und nicht die AfD zu wählen. In dem Aufruf wurden die menschenrechtswidrigen und flüchtlingsfeindlichen Positionen der AfD analysiert und Informationen zu den persönlichen Hintergründen und Haltungen der Kandidat/innen der Partei mit Quellenangaben aufbereitet. **Der Aufruf liegt diesem Sachbericht als Anlage 4 bei.**

❖ **Positionspapier „Erwartungen an die neue rheinland-pfälzische Landesregierung“**

Ebenfalls im März 2016 hat der Initiativausschuss gemeinsam mit dem AK Asyl, dem DGB Rheinland-Pfalz/Saarland und der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration (AGARP) gemeinsame „Erwartungen an die neue rheinland-pfälzische Landesregierung“ veröffentlicht. Darin forderten sie, dass die neue Landesregierung ihre Migrations-, Integrations- und Flüchtlingspolitik als integralen Bestandteil eines Politikansatzes ausgestaltet, der den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit für alle in den Mittelpunkt stellt. Konkret erwarteten sie u.a.

- ❖ die Gewährleistung eines frühzeitigen Zugangs zum Arbeitsmarkt sowie zu Integrations- und Sprachförderangeboten unabhängig von der Staatsangehörigkeit;
- ❖ die qualitätssichernde finanzielle Ausstattung der Arbeitsstrukturen der zivilgesellschaftlichen Trägerorganisationen von Integrationsmaßnahmen sowie der Integrationsmaßnahmen selbst und
- ❖ die Einleitung einer Bundesratsinitiative (oder einer Initiative über die Ständige Konferenz der Innenminister des Bundes und der Länder) für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für gut inte-

grierte Asylsuchende, deren Asylverfahren aus Gründen, die sie nicht selbst zu verantworten haben, bereits länger als 12 Monate andauert. **Das Positionspapier liegt diesem Sachbericht als Anlage 5 bei.**

Beide Papiere - sowohl der Aufruf als auch das Positionspapier - wurden der Öffentlichkeit von den herausgebenden Organisationen und Einrichtungen am 10. März 2016 in einem gemeinsamen Presseggespräch vorgestellt.

❖ **Erklärung von Initiativsausschuss und AK Asyl zur Bundesrats-Abstimmung über die Einstufung der Mahgreb-Staaten als sichere Herkunftsländer**

In einer gemeinsamen Erklärung begrüßten der Initiativsausschuss und der AK Asyl am 15. Juni 2016 die Ankündigung der rheinland-pfälzischen Landesregierung, dem Gesetzentwurf über die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten im Bundesrat die Zustimmung zu verweigern. Sie bezeichneten dies angesichts der Repressalien, denen Journalist/innen, Oppositionelle und Homosexuelle nach übereinstimmenden Berichten internationaler Menschenrechtorganisationen in allen drei Ländern ausgesetzt sind, als die einzig richtige Entscheidung. **Die Erklärung liegt diesem Sachbericht als Anlage 6 bei.**

❖ **Erklärung von Initiativsausschuss und AK Asyl zum geplanten Integrationsgesetz des Bundes**

In einer gemeinsamen Erklärung übten der Initiativsausschuss und der AK Asyl am 6. Juli 2016 massive Kritik an dem Entwurf der Bundesregierung für ein „Integrationsgesetz“. Sie bezeichneten die im Gesetzentwurf vorgesehene Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge und die geplanten Verschärfungen der Voraussetzungen für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis sowie die Möglichkeit zur Zurückschiebung von Schutzsuchenden in sogenannte „sichere Drittländer“ ohne vorherige inhaltliche Prüfung ihres Asylantrages als *„Katalog asyl- und sozialrechtlicher Gemeinheiten und Grausamkeiten, der bereits hier lebenden Flüchtlingen die gesellschaftliche Integration erschweren und Flüchtlinge auf dem Weg davon abhalten soll, in Deutschland um Schutz vor Krieg und Gewalt nachzusuchen“*. Sie forderten die rheinland-pfälzische Landesregierung deshalb dazu auf, „bei der abschließenden Beratung im Bundesrat Einspruch gegen das Integrationsgesetz einzulegen und sich stattdessen auf Bundesebene zeitnah für eine großzügige Altfallregelung zu engagieren.“ **Die Erklärung liegt diesem Sachbericht als Anlage 7 bei.**

❖ **Forderung von Initiativsausschuss, DGB und AK Asyl nach einem „Aktionsplan gegen Rassismus“**

Anlässlich der Veröffentlichung des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzberichtes für das Jahr 2015 und des darin konstatierten massiven Anstiegs flüchtlingsfeindlicher Straf- und Gewalttaten sowie vor dem Hintergrund zunehmender flüchtlingsfeindlicher Vorurteile und Ressentiments in der Mitte der Gesellschaft haben der Initiativsausschuss, der DGB und der AK Asyl am 12. Juli 2016 die Landesregierung dazu aufgefordert, einen landesweiten „Aktionsplan gegen Rassismus“ auszuarbeiten und die Zivilgesellschaft hieran gleichberechtigt mitarbeiten zu lassen. **Die Erklärung liegt diesem Sachbericht als Anlage 8 bei.**

❖ **Erklärung von Initiativsausschuss und AK Asyl zum Tag des Flüchtlings 2016**

Unter der Überschrift „Rheinland-Pfalz kann mehr: Zugangswege öffnen – Flüchtlinge aufnehmen“ haben der Initiativsausschuss und der AK Asyl die Landesregierung am 28. September 2016 in einer gemeinsamen Erklärung dazu aufgefordert, mehr Schutzsuchende aufzunehmen. Das Zurückgehen der Flüchtlingszahlen sei nicht Ausdruck einer Verbesserung der Lebenssituation und Perspektiven von Flüchtlingen in ihren Herkunfts- oder Transitländern, sondern einzig und allein das Ergebnis des massiven Ausbaus der Festung Europa und der tiefen Einschnitte in das deutsche Flüchtlingsrecht. Initiativsausschuss und AK Asyl erklärten: *„Rheinland-Pfalz kann mehr tun und ist bei der Aufnahme von Flüchtlingen noch lange nicht am Ende: Es gibt freie Aufnahmekapazitäten und eine seit Sommer 2015 ungebrochen große und großartige Bereitschaft ehrenamtlicher Flüchtlingshelferinnen und -helfer zum Engagement. (...) Der AK Asyl Rheinland-Pfalz und der Initiativsausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz fordern die Landesregierung dazu auf, mit einem umfassenden Konzept der Öffnung legaler Zugangswege eine lebensgefährliche Odyssee über das Mittelmeer und durch die Europäische Union zu ersparen.“* **Die Erklärung liegt diesem Sachbericht als Anlage 9 bei.**

❖ Erklärung des Initiativsausschuss zur Verwendung der Integrationspauschale des Bundes

In einer Erklärung vom 5. Oktober 2016 begrüßte der Initiativsausschuss, „dass der Bund sich in den Jahren 2016 bis 2018 mit einer jährlichen Pauschale in Höhe von 2 Mrd. Euro an den Kosten der Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen beteiligt.“ Zugleich forderte er die Landesregierung dazu auf, die zusätzlichen Bundesmittel in Höhe von jährlich 96 Millionen Euro nicht zur Deckung allgemeiner Finanzbedarfe im Landeshaushalt heranzuziehen, sondern ihrem Zweck gemäß für dringende Integrationsmaßnahmen im Land und in den Kommunen zu verwenden: „Die menschenwürdige Aufnahme und die schnelle Integration der seit Mitte 2015 nach Rheinland-Pfalz gekommenen Flüchtlinge in das Bildungssystem, den Arbeitsmarkt und in die Kommunen sei eine der größten Herausforderungen seit Jahrzehnten. Hierzu brauchen wir einen langen Atem und alle verfügbaren Ressourcen.“ **Die Erklärung liegt diesem Sachbericht als Anlage 10 bei.**

❖ Gemeinsames Positionspapier von Initiativsausschuss und AK Asyl: „Integration von Flüchtlingen – Handlungsfelder und Bedarfe“

Vor dem Hintergrund der zusätzlichen Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten für Flüchtlinge in den Jahren 2016 bis mindestens 2018 (insgesamt 2 Mrd. Euro/Jahr, von denen 96 Mio. Euro/Jahr auf RLP entfallen) haben der Initiativsausschuss und der AK Asyl am 20. Oktober 2016 ein Positionspapier „Integration von Flüchtlingen - Handlungsfelder und Bedarfe“ veröffentlicht, in dem sie zentrale Handlungsfelder und Maßnahmen vorgestellt haben, die das Land nach ihrer Überzeugung gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteur/innen in der Flüchtlingsarbeit in den nächsten Jahren bestellen und angemessen finanzieren muss. **Das Positionspapier liegt diesem Sachbericht als Anlage 11 bei.**

❖ Online-Broschüre „Sprachfähig in der Flüchtlingsdebatte: Fakten und Argumente gegen rechte Parolen und Vorurteile“

Gemeinsam mit der Diakonie Hessen, dem Förderverein PRO ASYL und der Stiftung für die internationalen Wochen gegen Rassismus hat der Initiativsausschuss im Dezember 2016 eine Online-Broschüre erarbeitet, die Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit adressiert. Sie sollten in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen gestärkt werden. Hierzu wurden

- ❖ aktuelle Daten und Fakten zusammengestellt wurden, um in der Debatte mit „flüchtlingskritischen“ Personen vor Ort gegen verbreitete Parolen und Vorurteile argumentieren und „Überzeugungsarbeit“ leisten können und
- ❖ in einem einleitenden Text herausgearbeitet, dass der Einsatz für Schutzsuchende und damit für die Menschenrechte keiner Rechtfertigung bedarf, sondern vielmehr diejenigen unter Rechtfertigungszwang stehen, die gegen dieses Engagement agitieren und Flüchtlingen Schutz vorenthalten wollen.

Der Ausdruck der Broschüre liegt diesem Sachbericht als Anlage 12 bei.

Neben diesen anlassbezogenen Stellungnahmen und Erklärungen hat der Initiativsausschuss im Berichtszeitraum per Mail und Internet kontinuierlich über aktuelle Entwicklungen in der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik in RLP berichtet:

❖ Regelmäßiger Newsletter und Tagesaktueller Informationstransfer per Mail

Über seinen Mailverteiler hat der Initiativsausschuss einen regelmäßigen vierzehntägigen Newsletter an ca. 500 Multiplikator/innen in Rheinland-Pfalz und im Bund versendet. Darin informierte er über aktuelle Veranstaltungen, Entwicklungen, Erklärungen, Materialien, Kampagnen und Stellungnahmen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur/innen im Themenfeld „Flucht, Asyl, Migration, Integration und Antirassismus“. Der Schwerpunkt lag auf entsprechenden Aktivitäten in Rheinland-Pfalz. Darüber hinaus nutzte der Initiativsausschuss seinen Mailverteiler zur Aussendung tagesaktueller relevanter rechtlicher und sonstiger Informationen.

❖ Relaunch der Homepage www.ini-migration.de

Im Februar 2016 hat der Initiativausschuss einen Relaunch seiner Homepage durchgeführt, sein Informationsangebot neu strukturiert und an den Bedarfen der Nutzer/innen orientiert.

6. Vernetzungsarbeit

Die Vernetzung der im Land Rheinland-Pfalz im Handlungsfeld „Asyl, Migration, Integration und Anti-Rassismus-Arbeit“ aktiven Initiativen, Einrichtungen, Verbände und Einzelpersonen leistet der Initiativausschuss nicht nur durch die Aussendung und Verbreitung aktueller Informationen, sondern darüber hinaus durch weitere Aktivitäten und Maßnahmen. Im Einzelnen:

❖ Plenumstreffen des Netzwerkes

In regelmäßigen Plenumstreffen, an denen i.d.R. zwischen 20 und 40 Personen teilnehmen, werden aktuelle politische Entwicklungen besprochen und Informationen zu Aktivitäten vor Ort ausgetauscht. Im Berichtszeitraum 2016 haben insgesamt vier Plenumssitzungen mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten stattgefunden:

- ❖ **3. Februar 2016:** „Sprachförderung und Integrationsangebote für Flüchtlinge und Asylsuchende in RLP: Was wird gebraucht?“ // „Landtagswahl(kampf): Geplante Aktivitäten des Initiativausschusses“.
- ❖ **23. Juni 2016:** Schwerpunkte der neuen Landesregierung in der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik (Gespräch mit Dr. Christiane Rohleder, Staatssekretärin im Integrationsministerium) // „Vorstellung der Beratungsstelle „Salam“ bei INBI Mainz“.
- ❖ **15. September 2016:** „Flüchtlingsaufnahme und Flüchtlingsintegration als Mobilisierungs- und Anschlusssthema rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Parteien und Bewegungen“.
- ❖ **23. November 2016:** „Interkulturelle Weiterbildungsmaßnahmen in der Arbeitsverwaltung im Rahmen des IQ Landesnetzwerkes Rheinland-Pfalz: Angebote und Erfahrungen“ // „Finanzielle Unterstützung der Migrations- und Flüchtlingsarbeit sowie von Maßnahmen zur Flüchtlingsintegration im Doppelhaushalt 2017/2018“.

❖ Sprecher/innenkreis-Sitzungen des Initiativausschusses

Regelmäßige Zusammenkünfte des Sprecher/innenkreises des Initiativausschusses gewährleisten zwischen den Plenumssitzungen den Informationsfluss zu allen Mitgliedern des Netzwerkes. Ihm gehörten im Berichtszeitraum elf Personen an, die haupt- oder ehrenamtlich in der kommunalen Verwaltung oder in zivilgesellschaftlichen Einrichtungen aktiv sind. Der Sprecher/innenkreis bereitet die Treffen des Plenums inhaltlich vor und nach. Gemeinsam mit der Geschäftsstelle erarbeitet und konzeptioniert er Grundsatzpapiere, Stellungnahmen und Maßnahmenvorhaben des Initiativausschusses. Außerdem vertritt er den Initiativausschuss in Gremien und bei gemeinsamen Aktionen in Bündnissen. Er sieht eine weitere Aufgabe darin, die im Austausch des Netzwerkes gewonnenen Erkenntnisse gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit engagiert und kompetent zu vertreten. Im Berichtszeitraum haben insgesamt sechs Treffen des Sprecher/innenkreises stattgefunden.

❖ Regelmäßige Mitarbeit im AK Asyl Rheinland-Pfalz

Um Synergieeffekte zu erreichen und um relevante Informationen über aktuelle Entwicklungen und Maßnahmenvorhaben im Bereich Aufnahme und Integration von Flüchtlingen frühzeitig zu erhalten bzw. weiterzugeben, arbeitet der Initiativausschuss eng mit dem AK Asyl Rheinland-Pfalz zusammen. Über die in diesem Sachbericht bereits beschriebenen gemeinsamen Maßnahmen hinaus nimmt der Geschäftsführer des Initiativausschusses, Roland Graßhoff, regelmäßig an den Treffen des AK Asyl teil. Im Berichtszeitraum 2016 fanden insgesamt vier solcher Treffen - jeweils ganztägig und jeweils in Bad Kreuznach - statt.

❖ Regelmäßige Treffen mit der EKHN/Diakonie/LIGA

Im Berichtszeitraum sind Roland Graßhoff und Torsten Jäger regelmäßig mit hauptamtlichen Mitarbeitenden und Verantwortlichen der Diakonischen Werke und Evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz sowie der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege im Lande Rheinland-Pfalz

zusammengetroffen. Die Gespräche bildeten die Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen gegenüber der Landesregierung Rheinland-Pfalz auf einzelnen gemeinsam als wichtig erachteten migrations- und integrationspolitischen Themenfeldern, das sich im Berichtsjahr 2016 u.a. in den geschilderten gemeinsamen Maßnahmen niedergeschlagen hat.

7. Sonstiges

Der Initiativausschuss hat sich im Berichtszeitraum 2016 zur Durchsetzung seiner Anliegen darüber hinaus wie folgt engagiert:

❖ Mitarbeit im Rechtshilfefonds des Evangelischen Dekanats Mainz zur Unterstützung von Flüchtlingen

Torsten Jäger vertrat den Initiativausschuss im Berichtszeitraum im Beirat des Rechtshilfefonds des Evangelischen Dekanats Mainz zur Unterstützung von Flüchtlingen. Der Beirat entscheidet über Anträge auf finanzielle Förderung der juristischen Unterstützung von Asylsuchenden in ihrem Asylverfahren. Entscheidungen werden in der Regel im Schriftverfahren getroffen, im Berichtsjahr gab es darüber hinaus eine persönliche Zusammenkunft.

❖ Härtefallkommission in Rheinland-Pfalz/Papierlose

Über Friedrich Vetter (Mitglied im Sprecher/innenkreis) hat sich der Initiativausschuss im Berichtsjahr 2016 bei der „Härtefallkommission“ des Landes Rheinland-Pfalz dafür eingesetzt, dass ausreisepflichtige Migrant/innen und Flüchtlinge in besonders bedrängter Situation nach einer intensiven Einzelfallprüfung aus humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten können.

❖ Landesbeirat für den Vollzug der Abschiebungs- und Zurückweisungshaft in Rheinland-Pfalz

Über Friedrich Vetter (Mitglied im Sprecher/innenkreis), der den Vorsitz des Gremiums innehat, wirkte der Initiativausschuss im Berichtsjahr 2016 im „Landesbeirat für den Vollzug der Abschiebungs- und Zurückweisungshaft in Rheinland-Pfalz“ mit. Es hat die Aufgabe, das zuständige Integrationsministerium in grundsätzlichen Fragen des Vollzugs und der Anordnung von Abschiebungshaft zu beraten. Der Beratungsauftrag umfasst die Entwicklung und Erprobung von Vollzugsmaßnahmen, die Vorbereitung allgemeiner Richtlinien der Vollzugsgestaltung sowie Fragen der Ausbildung der Vollzugsbediensteten.

❖ Landesarbeitsgemeinschaft der Integrationsbeauftragten in Rheinland-Pfalz

Über die im Sprecher/innenkreis mitarbeitenden kommunalen Integrationsbeauftragten ist der Initiativausschuss in der Landesarbeitsgemeinschaft der Integrationsbeauftragten in Rheinland-Pfalz vertreten. Ziel des Gremiums sind (a) die Vernetzung und Gewährleistung eines regelmäßigen Austauschs zwischen den haupt- und ehrenamtlichen Beauftragten und (b) die Intensivierung der politischen Lobbyarbeit für die Belange von Menschen mit einer Migrations- oder Fluchtgeschichte. Im Berichtszeitraum tagte das Gremium insgesamt drei Mal.

8. Finanzen und Personalausstattung

Die Arbeit des Initiativausschusses wurde im Berichtsjahr hauptsächlich durch eine institutionelle Förderung des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz ermöglicht.

Neben Honorareinnahmen sowie Mitgliedsbeiträgen und Spenden an den Träger des Initiativausschusses (Verein zur Förderung der interkulturellen Arbeit im Lande Rheinland-Pfalz) erhielten wir im Berichtszeitraum weitere Zuwendungen von

- ✓ dem rheinland-pfälzischen Bildungsministerium;
- ✓ der Diakonie Hessen;
- ✓ dem Gossner-Haus Mainz - Arbeitswelt und Gerechtigkeit e.V.;
- ✓ dem Bistum Mainz und
- ✓ dem Caritasverband der Diözese Trier.

In der Geschäftsstelle des Initiativ Ausschusses waren im Berichtszeitraum Roland Graßhoff als Geschäftsführer mit einer vollen Stelle und Torsten Jäger als Referent mit einem Stellenumfang von 60 Prozent beschäftigt. Sein Stellenanteil wurde in den Monaten September bis Dezember 2016 aufgrund des hohen Arbeitsanfalls in Absprache mit dem Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes RLP auf 80 Prozent aufgestockt.

Mainz, den 02. August 2017

Friedrich Vetter (für den Sprecher/innenkreis)

Anlagen:

- ✓ Sachbericht zur Lehrer/innenfortbildung „Muslimische Kinder in der Schule“ am 7. Dezember 2016 in Mainz;
- ✓ Ankündigung der Veranstaltungsreihe „Herzlich willkommen im Betrieb!?!“;
- ✓ Sachbericht zum Fachtag des Netzwerks diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz: „Qualität in der merkmalsübergreifenden Antidiskriminierungsberatung“ am 24. November 2016 in Mainz;
- ✓ Aufruf „Keine Stimme für die Alternative für Deutschland“ vom 10. März 2016;
- ✓ Positionspapier „Erwartungen an die neue rheinland-pfälzische Landesregierung“ vom 10. März 2016;
- ✓ Pressemitteilung vom 15. Juni 2016: „Sichere Herkunftsstaaten im Bundesrat: AK Asyl und Initiativsausschuss: Kein Kotau vor Ressentiments!“;
- ✓ Pressemitteilung vom 06. Juli 2016: „Integrationsgesetz vor abschließender parlamentarischer Beratung“;
- ✓ Pressemitteilung vom 12. Juli 2016: „Steigende Gewaltbereitschaft gegen Minderheiten - „Aktionsplan gegen Rassismus“ schnell und gemeinschaftlich erarbeiten“;
- ✓ Erklärung zum Tag des Flüchtlings vom 28. September 2016: „Rheinland-Pfalz kann mehr: Zugangswege öffnen - Flüchtlinge aufnehmen“;
- ✓ Pressemitteilung vom 5. Oktober 2016: „Bund stellt den Ländern jährliche Integrationspauschale zur Verfügung: Mittel nicht zweckentfremden!“;
- ✓ Positionspapier vom 20. Oktober 2016: „Integration von Flüchtlingen – Handlungsfelder und Bedarfe“;
- ✓ Online-Broschüre „Sprachfähig in der Flüchtlingsdebatte: Fakten und Argumente gegen rechte Parolen und Vorurteile“ vom Dezember 2016.